

„Die Europäer sollten die Klappe halten“

Historiker Wolffsohn sieht für Bürgerkriege wie in Syrien und der Ukraine nur eine Lösung: die Föderalisierung

RAVENSBURG - Deutschland wird seiner sicherheitspolitischen Verantwortung nicht gerecht – und wird so den Frieden nicht erhalten können. Der Historiker Michael Wolffsohn fordert im Gespräch mit Daniel Hadrys, dass die Bundesrepublik sich international mehr einbringt. Die pazifistische Einstellung Deutschlands sei zwar „hochsympathisch“, aber eben auch verantwortungslos, so Wolffsohn. Die Bundeswehr sei in ihrem jetzigen Zustand ihren Aufgaben nicht gewachsen.

Herr Wolffsohn, in den vergangenen Monaten hatte man häufiger das Gefühl, die USA seien einen Tweet von einem Krieg mit Nordkorea oder Iran entfernt. Wie ist die Lage im Jahr 2019 tatsächlich?
Tweets ersetzen keine Analysen und sind immer der Aufgeregtheit einer Situation geschuldet. Trump hat Nordkorea nicht nur gedroht. Nach den ersten Attacken zu Beginn seiner Präsidentschaft hat er geradezu einen Schmusekurs gegenüber Nordkorea gefahren. Der war in Trumps Administration umstritten und hat nicht zuletzt zum Rauschmiss seines Sicherheitsberaters John Bolton geführt. Auch in Bezug auf den Iran muss man zwischen den Worten und Fakten unterscheiden. Die Worte Trumps sind nach den Provokationen des Iran eher zurückhaltend gewesen. Er hat in etwa gesagt: „Wir könnten und würden Krieg führen, wollen aber nicht.“

Gerade in der Golfregion haben sich in den vergangenen Wochen die Auseinandersetzungen gehäuft. Wie wahrscheinlich ist ein Krieg zwischen den Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien?
Ein Krieg ist momentan unwahrscheinlich, weil keiner ihn führen will. Ein großer Krieg ist immer riskant. Iran hat eine hochintelligente und in seinem Sinne erfolgreiche Strategie eingeschlagen. Hauptziele Irans sind Saudi-Arabien und Israel. Die sind umzingelt durch die feste, dominierende Position des Iran in Libanon, Syrien, Irak und Jemen. Dazu kommen die innenpolitischen Unterwanderungsaktivitäten des Iran in Bahrain und auch an der saudi-arabischen Ostküste selber. Der Angriff auf Saudi-Arabien kommt auch von innen. Im Osten des Landes gibt es die schiitische Minderheit, etwa zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung, die höchst unzufrieden sind mit der saudischen Herrschaft. Die werden vom Iran unterstützt.

Würde Trump sich in eine militärische Auseinandersetzung hineinziehen lassen?
Das halte ich nicht für wahrscheinlich. Die Präsidentschaftswahlen stehen im kommenden Jahr an, Anfang 2020 finden die Vorwahlen statt. Ein Krieg wäre verheerend.



Michael Wolffsohn glaubt, dass Deutschland seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

FOTO: ROLAND RASEMANN

Trump ist vor der ersten Wahl angetreten als ein Kandidat, der sich aus den Kriegs- und Krisenregionen zurückziehen möchte. Das genaue Gegenteil zu liefern, wäre strategisch quasi Selbstmord.

Bleiben wir in Nahost. Der Bürgerkrieg in Syrien dauert nunmehr acht Jahre an. Auch eigentliche Partner stehen sich dort mit ihren Interessen gegenüber. Wohin wird dieser Konflikt noch führen?

Vor allem Iran und Russland sind problematische Akteure in Syrien. Und die Absichten der türkischen Regierung sind abzulehnen, aber klar erkennbar. Die Türkei fürchtet im Nordosten Syriens eine autonome oder gar unabhängige Region der Kurden. Die Kurden sind eng verflochten mit den türkischen Kurden. Erdogan kann den Konflikt mit ihnen nicht lösen, indem er Teile Nordwest-Syriens besetzt und damit die dortigen Kurden beherrscht. Er muss die Türkei föderalisieren, spricht: den türkischen Kurden weitgehende Autonomie zugestehen. Gleiches wird nötig sein, wenn man Syrien befrieden will. Ohne Selbstbestimmung für die Kurden Syriens, der Türkei, des Irak und Iran wird es langfristig keinen inneren und äußeren Frieden in der Region geben. Die Lösung heißt Föderalisierung. Das kann nur von innen geschehen. Die auswärtigen Akteure spielen da eine minimale Rolle.

Wie könnte diese Föderalisierung aussehen?

Selbstbestimmung, ob individuell oder kollektiv, lässt sich langfristig nicht unterdrücken. Man muss versuchen, Selbstbestimmung zu erreichen, ohne die bestehenden staatlichen Strukturen zu zerstören. Syrien oder Irak müssten nicht aufgelöst, sondern föderalisiert werden. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wollen im Prinzip nicht in ein- und demselben Staat leben – was wir daran erkennen, dass es Bürgerkriege gibt. Frieden ist nur durch Föderalisierung möglich. Das heißt: Machtteilung und wechselseitige Kontrolle und Verhinderung von einseitiger Vorherrschaft. Eine ‚Bundesrepublik Syrien‘. Gleiches für die Türkei, den Irak und Iran.

Die Länder der Europäischen Union wirken sowohl beim Konflikt mit Iran als auch beim syrischen Bürgerkrieg recht still. Wie sollte ihre Rolle aussehen?

Krass formuliert: Klappe halten. Die Europäer bilden sich ein, politisch mitbestimmen zu können. Das können sie nicht, weil sie militärisch dazu weder willig noch fähig sind. Die Europäer könnten Lösungsvorschläge unterbreiten. Die haben sie nicht. Das einzig wirklich überzeugende Modell ist eine Föderalisierung nicht nur Syriens, sondern auch des Irak und anderer Staaten. Die Europäer könnten Wirtschaftshilfe leisten, sobald es einen vernünftigen Friedensplan gibt: ‚Bundesrepublik Syrien‘.

Auch in Europa tobt ein Bürgerkrieg. Von Russland unterstützte

Separatisten und das ukrainische Militär stehen sich in der Ostukraine gegenüber. Gehört das zu einem größeren Plan Wladimir Putins?

Einstweilen wird Putin nicht noch weiter militärisch versuchen, die ehemalige Sowjetunion wiederherzustellen. Er ist mit zwei Brocken genügend beschäftigt: der Ostukraine und der Krim. Er versucht aber darüber hinaus, auch Weißrussland wieder anzugliedern. Langfristig will er auch die baltischen Staaten schlucken, die Teil der EU sind. Gleiches gilt für Armenien und Georgien, also die alte UdSSR.

Wie könnte die Ukraine wieder zur Ruhe kommen?

Die Ukraine kann auch nur durch eine Föderalisierung dauerhaft befriedet werden. Die Ostukraine hat viel stärkere Verbindungen zu Russland als zum restlichen Teil der Ukraine. Wenn man die Ukraine als Staat erhalten will, muss man zwischen einem westlichen und einem östlichen Bundesland Ukraine unterscheiden und sie zu einer Bundesrepublik Ukraine zusammenführen. Gleiches gilt in Bezug auf die Krim.

Russland wird als Gefahr für die Nato-Ostflanke gesehen. Wird Deutschland als Nato-Partner seiner sicherheitspolitischen Verantwortung gerecht?

Papier und Worte sind geduldig. Deutschland hat lange sicherheitspolitisch viel geredet und wenig getan. Das war verantwortungslos, während man von Verantwortung

sprach. Wir haben eine nicht wirklich einsatzfähige Bundeswehr. Je mehr internationale Aufgaben ihr zugeteilt werden, desto mehr erkennen wir, dass die Bundeswehr ihnen nicht gewachsen ist. Daraus folgt politische Ohnmacht. Zwei Prozent für die Verteidigungsausgaben sind sozusagen das Mindeste. Hier war die Bundesrepublik nicht nur Trump gegenüber, sondern auch schon Obama und Bush wortbrüchig. Eine wortbrüchige Regierung – das betrifft nicht nur die Große Koalition – wird international nicht ernst genommen.

Vor allem Donald Trump kritisiert die Nato-Partner scharf, sie würden sich finanziell nicht genug einbringen. Ist die Kritik gerechtfertigt?

Die Trumps kommen und gehen, Amerika bleibt. Die Grundsatzfrage lautet: Sind die Amerikaner dauerhaft willens, praktisch alleine die sicherheitspolitische Verantwortung nicht nur auf dem Papier zu tragen, also Menschen und Material zu opfern? Die Antwort lautet nein. Und das personifizierte Nein heißt Donald Trump. Unabhängig von den Verrücktheiten und der unerfreulichen Persönlichkeit dieses Mannes, ist Trump die Antwort der amerikanischen Bevölkerung auf jahrzehntelange sicherheitspolitische Verantwortungslosigkeit der Nato-Partner, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland.

Verprellt Deutschland damit einen wichtigen Partner in der Sicherheitspolitik?

Ja. Aber was sympathisch und wunderbar an der Bundesrepublik ist: Wir haben ein neues Deutschland und neue Deutsche. Zu unserem heutigen sicherheitspolitischen Grundverständnis gehört die Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik. Das ist die westeuropäische, aber vor allem deutsche Antwort auf die deutsche Geschichte. Nur ist die Geschichte weitergegangen. Das Dritte Reich liegt 74 Jahre hinter uns. Die Wirklichkeit ist eine neue. Das neue Deutschland muss sich der neuen Welt anpassen. Da kann man mit der hochsympathischen, pazifistischen Grundeinstellung leider den Frieden nicht sichern. Der französische Schriftsteller Camus hat es folgendermaßen formuliert: Manchmal muss man töten, um das Morden zu verhindern.

BBF

Michael Wolffsohn ist zu Gast beim Bodensee Business Forum am Donnerstag, 10. Oktober, in Friedrichshafen im Graf-Zeppelin-Haus.
www.bodensee-business-forum.de